



STELLUNGNAHME zum Antrag CDU-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2019/0065
	Verantwortlich:	Dez. 3
Keine Beteiligung an der Studie "Cannabis zu Genusszwecken"		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	26.02.19	19	x	

Kurzfassung

Die Stadt Karlsruhe beteiligt sich am interkommunalen Austausch in Düsseldorf. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden in der Drogenkommission diskutiert. Eine Entscheidung über die Teilnahme an einer gegebenenfalls von der Düsseldorfer Gruppe vorgeschlagenen Studie sollte erst dann getroffen werden, wenn Fragestellung und Studiendesign vorliegen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	x	Nein		Ja Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	Nein		Ja durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	Nein		Ja abgestimmt mit

Weltweit sind aktuell große dynamische Veränderungen im Umgang mit dem Thema Cannabis zu verzeichnen. Gerade mit Blick auf Jugendliche, die diese Entwicklungen sehr aufmerksam verfolgen, macht es Sinn, sich mit diesem Thema auch auf kommunaler Ebene auseinanderzusetzen. So wurde es von den am Austausch in Düsseldorf am 11.7.2018 beteiligten Kommunen gesehen. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass das Thema Cannabis ein Thema von kommunalem Interesse ist. Es bestand Konsens in dem gemeinsamen Interesse an einem vertiefenden und kontinuierlichen Austausch über kommunale Ansätze in der allgemeinen Drogenpolitik.

Deutlich wurde aber auch, dass in keiner anderen Kommune, außer Düsseldorf ein Beschluss für einen Modellversuch zum Thema Cannabis zu Genusszwecken vorliegt. Des Weiteren wurde eine Beantragung eines ähnlichen Modellversuchs wie die Anträge von Berlin- Friedrichshain-Kreuzberg und Münster, aufgrund der deutlichen Ablehnung des Bundesamtes für Arzneimittel und Medizinprodukte, als relativ aussichtslos eingeschätzt.

Nach wie vor sind aber viele Fragen, wie zum Beispiel die Frage nach den Auswirkungen einer möglichen Gesetzesänderung in Richtung einer kontrollierten Abgabe von Cannabisprodukten auf den Konsum von Cannabis bei Jugendlichen offen. Die im Antrag der CDU zitierte Stellungnahme der Bundesärztekammer berichtet von einem Anstieg des Cannabiskonsums in Colorado von 2013 – 2015 (Rocky Mountain High Intensity Drug Trafficking Area: The Legalization of Marijuana in Colorado: The impact – Vol. 3, Sept 2015). Zwei andere Studien konstatieren dagegen einen Rückgang des Cannabiskonsums in den Jahren 2014 - 2015 (National Survey on Drug Youth and Health) und im Zeitraum von 2009 – 2017 (Healthy Kids Colorado Survey).

Dies zeigt zum einen, dass die Studienlage nicht eindeutig ist und zum anderen, dass in der polarisierten Diskussion um das Thema Cannabis, je nach Standpunkt, entsprechende Studien herangezogen werden können. Außerdem sind Ergebnisse aus Studien anderer Länder nicht ohne weiteres auf die Situation in Deutschland übertragbar, und Prognosen, wie sich der Umgang mit Cannabis bei einer Gesetzesänderung gestalten wird, sind schwer zu treffen.

Unstrittig ist, dass circa 5-10% der Cannabiskonsumenden eine Abhängigkeit entwickeln und die Komorbidität mit anderen psychischen Erkrankungen hoch ist. Je früher und je exzessiver der Konsum ist, desto höher ist das Risiko einer problematischen Entwicklung. Es steht außer Frage, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Suchtmitteln und die Suchtprävention von zentraler Bedeutung sind.

Unstrittig ist aber auch, dass 90–95 % der überwiegend erwachsenen Cannabiskonsumenden einen unproblematischen Konsum ohne Suchtentwicklung, Dosissteigerung oder dem Umstieg auf härtere Drogen aufweisen. Dieser Konsum ist nicht schädlicher als der Konsum von Alkohol, dennoch werden die Konsumenten kriminalisiert.

Laut den vergleichenden Befunden der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht haben Veränderungen in der Cannabisgesetzgebung, unabhängig ob in Richtung Verschärfung oder Entspannung, keinerlei Auswirkungen auf den Konsum.

Es geht nicht darum, Cannabis zu bagatellisieren oder zu dramatisieren, sondern die Fakten und die unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten und den Diskurs in den Kommunen zu führen.

Die Stadt Düsseldorf hat aktuell Prof. Dr. Klein von der Katholischen Hochschule NRW gebeten ein Exposé zum Thema: „Cannabiskonsum im Freizeitbereich – Perspektiven, Evidenzen und Regulierung aus gesundheitswissenschaftlicher Sicht“ zu verfassen.

Dieses Exposé soll als Grundlage für weitere Düsseldorfer Gespräche dienen. Das Ergebnis dieser Gespräche und die Frage, ob eine gemeinsame Studie sinnvoll ist und wie eine solche Studie aussehen sollte, ist offen.

Die Verwaltung hält eine weitere Teilnahme an den Düsseldorfer Gesprächen für sinnvoll. Die Ergebnisse der Gespräche sollen in der Drogenkommission vorgestellt und vertieft diskutiert werden. Die Entscheidung über eine Teilnahme an einer gemeinsamen Studie sollte erst dann getroffen werden, wenn die Fragestellung und das Forschungsdesign klarer umrissen werden können.